

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Um die Erwerbslosenfürsorge.

Die Anträge der Regierungsparteien.

Der Soziale Reichstagsausschuss trat heute vormittag zu seiner entscheidenden Beratung über die Erwerbslosenfürsorge zusammen. Der Vorsitzende Esser (S.) riefet zunächst an die Sozialdemokraten die Frage, ob sie ihren Antrag auf Erhöhung der Unterstützung um 50 Proz. mit Wirkung ab 1. November aufrecht erhalten. Nachdem unsere Fraktion erklärt, ihren Antrag aufrechterhalten zu müssen, wird in die Beratung der Anträge eingetreten.

Genosse Brey begründet eingehend die Notwendigkeit einer 50prozentigen Erhöhung. Der Einwand vom Ueberschneiden der Löhne ist nicht stichhaltig. Redner steht den vorgelegten Ermittlungen über die Löhne der Arbeitslosen mißtrauisch gegenüber. Mit großer Entschiedenheit wendet sich Genosse Brey gegen das Märchen vom mangelnden Arbeitswillen der Erwerbslosen. Kädel (Komm.) greift die Regierung wegen der Unzulänglichkeit ihrer Vorlage scharf an. Geheimrat Weigert bemerkt in seiner Erwiderung, daß auch in Sowjetrußland eine Relation zwischen Lohn und Arbeitslosenunterstützung hergestellt ist. Der Bruchteil des Lohnes, der in Rußland als Unterstützung gewährt wird, sei geringer als in anderen Ländern.

Genosse Hoch verweist auf die Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss des Deutschen Städtetages, in denen über die Arbeitswilligkeit der Erwerbslosen und der angehenden Ueberschneidung der Löhne wesentlich anders geurteilt wurde, als das seitens der Regierung geschieht. Die Tatsache, daß in jeder Versicherung auch gelegentlich Mißbräuche vorkommen, gibt noch lange kein Recht, bei jeder Beratung über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung das Vorhandensein einzelner Simulanten zu verallgemeinern.

Inzwischen hatten die Regierungsparteien in der bereits mitgeteilten Regierungsvorlage einen Änderungsantrag eingebracht, der kleine Verbesserungen enthält. Es wird darin verlangt, daß die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger bis zum 31. März 1927 wie folgt erhöht werden:

1. für Erwerbslose über und unter 21 Jahre, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 Prozent;

2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 Proz.

Die geplante Erleichterung der Bedürftigkeitsprüfung soll nach dem neuen Antrag in besonderen Ausführungsbestimmungen gesichert werden. Der Antrag will ferner sicherstellen, daß dem Erwerbslosen die Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftspensionsversicherung nicht verloren. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten, die für die Dauer des Winters vorgesehen war, soll nach dem neuen Antrag präzise bis zum 31. März 1927 befristet werden. Die Kosten der Krisen-

fürsorge sollen bis zu 1/2 (ursprünglich 1/10) vom Reich, zu 1/4 (ursprünglich 1/10) von der Gemeinde getragen werden.

Der Antrag der Regierungsparteien enthält auch gleichzeitig Verschlechterungen. Es war zunächst vorgesehen, daß bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen die Arbeitskräfte vom öffentlichen Arbeitsnachweis entnommen werden müssen. Die notwendige Bestimmung soll nach dem Wunsch der Regierungsparteien wieder gestrichen werden.

Arbeitsplan des Reichstags.

Erwerbslosendebatte noch in dieser Woche, auswärtige Politik in der nächsten.

Die Arbeiten des Reichstags werden nach den Dispositionen des Vizepräsidenten von Sonnabend, den 13. bis Montag, den 22. November und von Sonnabend, den 4. Dezember bis Donnerstag, den 9. Dezember, durch eine Pause unterbrochen werden. Am Freitag, den 17. Dezember wird der Reichstag in die Weihnachtserien gehen und seine Arbeiten dann wieder am 12. Januar 1927 aufnehmen. Am Donnerstag soll zunächst die Wahl des zweiten Vizepräsidenten an Stelle des zum Reichsminister ernannten Dr. Bell (S.) erfolgen. Voraussichtlich wird das Zentrum den Abg. Esser vorschlagen. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht das Gesetz zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Am Freitag und Sonnabend wird die Erwerbslosenfürsorge behandelt werden. Am nächsten Montag und an den folgenden Tagen findet eine Aussprache über Fragen der auswärtigen Politik statt. Mit ihr wird auch der Nachtragsetat verbunden werden. Die Frage einer Reform der Geschäftsordnung soll zunächst in den Fraktionen behandelt werden. Der Vizepräsident wird sich dann am Freitag, den 12. November, damit befassen. Präsident Lohse teilt mit, daß er auf eine Verschärfung der Geschäftsordnung dringen würde, wenn die Kommunisten versuchen würden, im Reichstoge ähnliche Szenen herbeizuführen wie im preussischen Landtage und in der Stadtverordnetenversammlung.

Das Erwerbslosenprogramm der Reichsregierung ist, wie verlautet, von der demokratischen Reichstagsfraktion angenommen worden. Die Fraktion der Volkspartei wird ihre endgültige Entscheidung über die Vorschläge der Regierung erst am Donnerstag treffen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besteht darauf, daß zunächst über ihre Anträge im Ausschuss abgestimmt wird. Diese Abstimmung kann erst am Donnerstag erfolgen, weil die bürgerlichen Parteien gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie am Mittwoch die Vertagung der Entscheidung beschloffen haben.

Nazifaschistenverbrechen in New York.

New York, 4. November. (CP.) Viele Bureauos und die Drucker der beiden antisozialistischen Zeitungen „Nuovo Mondo“ und „Mariello“, die in New York erscheinen, sind gestern von Faschisten verurteilt worden. Diese hatten dazu Schwarzhemden angezogen. Die Polizei hat eine große Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

Das Schlachtopfer soll geschossen haben.

Rom, 4. November. (WTB.) Der „Messaggero“ berichtet über den Sektionsbefund an der Leiche des Verübbers des Anschlags(!) auf Mussolini. Von den Ärzten wurden zahlreiche Stichwunden festgestellt, die schwerste war ein Rippenstich. Ebenso stellten die Ärzte Bürgemeister fest. Vor der Leiche wurden mehrere Zeugen vernommen, die den jungen Mann bei seiner Tat beobachtet hatten. Nur bekannte Einzelheiten wurden auf Grund dieses Verhörs bestätigt, vor allem die Tatsache, daß der junge Mann die Vorbefahrt des Ministerpräsidenten benutzt hatte, um sich durch die Tappentritte vorzudrängen und den Schuß aus nächster Nähe abzufeuern.

Nachdem schon der „Arrium“ zugegeben war, dessen gräßlich gemordetes Opfer das arme Kind Zamboni wurde, nimmt man jetzt die Legende wieder auf, daß dieser Knabe den Diktator zu ermorden versucht habe. Da es durchaus nicht gelingen will, den „wirklichen Täter“ zu fassen, muß man die Niedermetzelung des jungen Zamboni damit „rechtfertigen“, daß er geschossen habe. Man veröffentlichte doch die Namen und die Aussagen dieser Zeugen, man lege doch die Pistole, die der Attentäter doch gehabt haben muß, den ihres Kindes beraubten Eltern vor, damit sie bekunden, ob ihr Sohn diese oder überhaupt eine Waffe besessen habe.

Aber man wird gar nichts beweisen können, und es ist so gut wie Gewißheit geworden, daß dieser Schuß, wenn er überhaupt gefaßt hat, nichts anderes war als der Startschuß, auf den die bereitgehaltenen Terrorbanden ihr Schandwerk zu beginnen hatten. Der heimliche Umlauf des Matteotti-Buchs und anderen Belastungsmaterials gegen Mussolini und seine Komplizen, die Furcht vor weiteren Pfeilen aus des geschäfteten Cesare Rossi Köcher, der unlegbare Leserboykott gegen die Faschistenpresse, die bevorstehende Einigung aller Sozialisten — das alles ließ neuen Terror als Stützungsfaktion für das Mörderregime unentbehrlich erscheinen. Und um ihn auszulösen, brauchte man ein „Attentat“.

Der Nachtrag zum Reichsetat.

Forderungen von fast einer Milliarde.

Zu den dringendsten Aufgaben, die Haushaltsauschuss und Plenum des Reichstags alsbald zu erledigen haben, gehört die Verabschiedung des Nachtragsetats für 1926, dessen Beratung der Reichsrat soeben beendet hat. An diesem Nachtragsetat sind fast alle Verwaltungen mit neuen, mehr oder minder großen Forderungen beteiligt. Nur die Haushalte des Reichspräsidenten, des Reichstags, der Reichskanzlei, des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Reichsjustizministeriums und des Rechnungshofes haben keine zusätzlichen Geldforderungen gestellt.

Für die allgemeine Reichsverwaltung — der Etat für die Kriegskosten wird besonders geführt und bleibt für diese Darstellung außer Betracht — werden nachgefordert im Ordentlichen Haushalt an fortdauernden Ausgaben 105,5, an einmaligen Ausgaben 123,2, im ganzen also 228,7 Millionen Mark. Im Außerordentlichen Haushalt betragen die Nachforderungen 572,5 Millionen Mark, die restlos aus Anleihen bestritten werden sollen. Aus laufenden Mitteln sind also 228,7 Millionen Mark zu decken.

Der derzeitige Leiter der Reichsfinanzen, Dr. Reinhold, ist ein vom Glück begünstigter Mann. Die Verhältnisse arbeiten für ihn. Die Einnahme an Zöllen wird nach den bisherigen Eingängen ein solches Plus ergeben, daß, obwohl ein Teil dieser Rehrträge zum Ausgleich von Mindererträgen anderer Abgabenzweige verwendet werden soll, noch 90 Millionen für die Deckung der Ausgaben des Nachtragsetats zur Verfügung stehen. Ferner ist der Reingewinn aus der im Rechnungsjahr 1925 begonnenen Prägung von 300 Millionen Mark Silbermünzen gegen den Vorschlag um 92,5 Millionen gestiegen, die gleichfalls der Deckung der Nachtragforderungen dienen sollen. Schließlich hat die endgültige Abrechnung der Ueberschüsse aus den Rechnungsjahren 1924 und 1925 einen Betrag von 676,5 Millionen Mark ergeben. Da von dieser Summe als Einnahme in die Haushalte 1925 und 1926 bisher nur 644,3 Millionen Mark eingestellt sind, ist noch ein Rest von 32,2 Millionen Mark für den Nachtragsetat 1926 verfügbar. Von der Befamnachforderung im Ordentlichen Haushalt in Höhe von 228,7 Millionen Mark können also allein aus diesen drei Posten 214,8 Millionen Mark bestritten werden. Auch die Deckung des verbleibenden geringen Restbetrages ergab sich von selbst. Die Liquidität der Reichskasse ist als Folge der starken Belastung des Massenkonsums noch immer so groß, daß die Zinseneinnahmen der ausgeliehenen Bestände statt der im Hauptetat eingelegten 25 Millionen mindestens 35 Millionen Mark ausmachen werden. 10 Millionen Mark sind also auch aus dieser Quelle für den Nachtragsetat verfügbar. Schließlich wurden noch 3 Millionen Mark Zinsen vereinbart aus Darlehen, die den Ländern zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten auf erste Hypotheken für Kleinwohnungen ... haben sind. Damit sind die Nachforderungen im Ordentlichen Haushalt restlos gedeckt.

Von den Nachforderungen im Außerordentlichen Haushalt (572,5 Millionen Mark), die auf Anleihen aufgenommen werden sollen, stehen aus der durch das Gesetz vom 26. März 1926 über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbauers erteilten Kreditermächtigung noch 200 Millionen Mark dem Finanzministerium zur Verfügung. Es wird im Etatsgesetz daher die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 372,5 Millionen nachgefordert. Außerdem erbittet der Reichsfinanzminister im Etatsgesetz die Ermächtigung „zur Befriedigung eines unabweisbaren Bedürfnisses eine Garantie bis zu 6,5 Millionen Mark zu übernehmen“. Dieses letztere Ersuchen und seine Fassung zeigen, daß der scharfe Kampf, den die sozialdemokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses bezüglich solcher Ermächtigung geführt haben, am Finanzministerium nicht spurlos vorübergegangen ist. In den früheren Etatsgesetzen wurde dem Minister stets die Ermächtigung erteilt, unter Ausschluß des Plenums des Reichstags nur durch Genehmigung des Haushaltsausschusses Garantien in unbegrenzter Höhe zu übernehmen, „sofern dadurch eine Ausgabe vermieden wird, der sich das Reich sonst nicht hätte entziehen können“. Die Dehnbarkeit dieser Bestimmung, die Nachgiebigkeit und Willfährigkeit der Ministerien gegenüber den großen einflussreichen Konzernen, die Heimlichkeit, mit der solche Garantiefaktionen durchgeführt werden konnten, hatte im Laufe der jehigen Abfahrts zu einer Subventionswirtschaft des Reichs geführt, die zu einem Skandal zu werden drohte. Jetzt muß das Plenum des Reichstags zur Uebernahme einer in ihrer Höhe begrenzten Garantie seine Zustimmung erteilen.

Was die Forderungen im einzelnen betrifft, so verlangt das Auswärtige Amt größere Summen zur Errichtung bzw. Instandsetzung von Wohn- und Bureauräumen in Bern, Helsingfors, Antwerpen, Madrid und Angora.

Das Reichsministerium des Innern verlangt außer verschiedenen kleineren Beträgen 32 Millionen Mark für besondere Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der östlichen Grenzgebiete Preußens, sowie 7 Millionen Mark zur Vinderung der Hochwasser Schäden im diesjährigen Sommer. Die Durchführung des Volkenscheidts hat im ganzen 2,2 Millionen Mark gekostet. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist das Reich zur Uebernahme dieser Kosten verpflichtet.

Schandtaten der Mussolini-Banden.

Die Zerstörung der Genueser Arbeiterdruckerei.

Genua, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Zerstörung des sozialistischen „Lavoro“ haben die Faschisten zwölf Schmelzmaschinen und zwei Rotationsmaschinen schwer beschädigt. In einer der Hauptstraßen Genuas wurde die Wohnung des früheren sozialistischen Rechtsanwalts Rossi im Sturm genommen. Die Polizei mußte eingreifen und von der Waffe Gebrauch machen. Es gab zwei Tote und 20 Verletzte. Der eine der Toten ist ein Polizeibeamter! Auch die Wohnungen des sozialistischen Abg. Canepa und eines Rechtsanwalts, der als hoher Würdenträger der Freimaurerei gilt, wurden von Faschisten zerstört und angezündet.

Verbannung der Nichtfaschisten.

Mailand, 4. November. (CP.) Wie aus Padua gemeldet wird, haben die von den Faschisten verbannten Personen die Stadt bereits verlassen. Einige von ihnen nahmen auch ihre Familien mit. Es wurde eine weitere gedruckte Liste von Verbannten verbreitet, aber vom Faschistenvorstand desavouiert, der auf Befehl die Einstellung der Bergeltungsmassnahmen beschloß und Zuwiderhandelnde mit Verstoßung bedroht hatte. Der Leiter des römischen Faschistenverbandes verkündet in einem Manifest, den Gegnern des Regimes habe man bereits eine feierliche Warnung erteilt, da sie für das Attentat gegen Mussolini mitverantwortlich seien. Auf höheren Befehl sollen jetzt alle weiteren Bergeltungsmassnahmen unterbleiben.

Den Franzosen wird es zu toll.

Paris, 4. November. (CP.) Der „Matin“ veröffentlicht einen anscheinend von der Regierung inspirierten Artikel über die jüngsten frankfeindlichen Kundgebungen in Ventimiglia und Tripolis. Es wird in äußerst bestimmtem Tone erklärt, daß die französische Polizei die antisozialistischen Flüchtlinge genau so überwache wie die Gegner des spanischen Direktoriums. Frankreich gedenke aber nicht, auf seine traditionelle Gastfreundschaft zu verzichten. Im übrigen sei die Geschichte so, daß diejenigen, die die Ausweisung von Revolutionären forderten, später froh sein könnten, in Frankreich leben zu dürfen. Auf die Dauer müßten Kundgebungen wie in den letzten Tagen verboten werden.

Zur kulturellen Fürsorge für die besetzten Gebiete, zu Hilfsmaßnahmen in besonderen Notfällen und zu Unterstützungsaaktionen im Saargrenzgebiet wird vom Ministerium für die besetzten Gebiete im ganzen ein Mehr von 10 1/2 Millionen Mark angefordert.

Das Reichswirtschaftsministerium hat, nachdem durch Beschluß der Reichsregierung von 25. März 1926 die Seeschiffahrtsangelegenheiten aus seinem Geschäftsbereich gezogen und dem Reichsverkehrsministerium zugeteilt worden sind, eine nicht unerhebliche Verkleinerung erfahren, der eine entsprechende Vergrößerung des Reichsverkehrsministeriums gegenübersteht. Unabhängig von dieser Umstellung verlangt das Reichsverkehrsministerium 10,7 Millionen Mark, um die deutsche Luftfahrzeugindustrie in einem technisch einwandfreien Zustand zu erhalten und besonders wichtige technische Aufgaben, sei es durch Versuche, sei es durch Schaffung besonderer Studiengesellschaften, zu fördern. Zur Unterstützung der Luftverkehrsgesellschaften, die den Verkehr von jetzt ab auch im Winter aufrechterhalten wollen, für Ausbau bestehender und Anlegung neuer Flughäfen, zur Förderung des Luftverkehrs im allgemeinen werden weitere 14 Millionen Mark angefordert. Ferner wird ein erster Teilbetrag von 200 000 M. eingesetzt für Vor- und Entwurfsarbeiten zur Prüfung der Bauwürdigkeit des Hanfsanals, durch den eine leistungsfähige Wasserstraßenverbindung von dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach den Seehäfen Hamburg und Lübeck geschaffen werden soll. Schließlich stellt das Reichsverkehrsministerium im außerordentlichen Haushalt noch eine Mehrforderung von 38 Millionen Mark zum Ausbau verschiedener Reichswasserstraßen.

Im Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums soll die unterstützende Erwerbslosenfürsorge statt mit 200 mit 260 Millionen Mark dotiert werden, da der noch vorhandene Rest von 91 Millionen Mark zur Deckung des auf die Reichsbeiträge entfallenden Aufwandes voraussichtlich nur bis einschließlich November ausreichen wird. — Im außerordentlichen Haushalt, also aus Anleihemitteln, werden verlangt: zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswerkes in dünnbesiedelten Gebieten 50 Millionen Mark, zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten auf erste Hypotheken für Kleinwohnungen an die Länder 200 Millionen Mark, zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose durch Förderung wirtschaftlich wertvoller Arbeiten 130 Millionen Mark.

Einen neuen Notstandskredit für Wälder in Höhe von 15 Millionen Mark verlangt das Reichsernährungsministerium auf Grund der Entscheidung des Reichstages vom 27. März 1926.

Der Nachtragsetat der Reichsschuld stellt zur Durchführung des Reichsgeleges über die Ablösung öffentlicher Anleihen Mehrbeträge von 32 und 14 Millionen Mark ein. Die Reichsfinanzverwaltung hatte ursprünglich das Anleihealtbestandskapital auf 20 Milliarden geschätzt. Es hat sich indessen ergeben, daß es auf mindestens 38 Milliarden Mark zu beziffern ist. Zur Einlösung der Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld sowie zum Umtausch der Wertpapiere des Reichs sind diese Mehrbeträge für 1926 erforderlich.

Im Nachtrag zum Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung werden zu den den Ländern für Zwecke postzeitlichen Schutzes bereits zugebilligten 190 Millionen noch 20 Millionen Mark nachverlangt. Weitere 20 Millionen Mark werden benötigt, um bedürftigen Steuerpflichtigen, die Opfer in Kriegsangelegenheiten erlitten haben, denen aber nach den gesetzlichen Bestimmungen das Opfer nicht erstattet werden kann, Barabfindungen zu gewähren. Im außerordentlichen Haushalt, d. h. aus Anleihemitteln, fordert die Finanzverwaltung 142 Millionen

Mark. Davon soll der Reichsbahngesellschaft ein Darlehen von 111,2 Millionen Mark zur Ausführung des vereinbarten Bau- und Beschaffungsprogramms behufs Behebung der Arbeitslosigkeit und Belebung der Wirtschaft, sowie zur Fortführung begonnener neuer Eisenbahnen gewährt werden. Gleichfalls aus Anleihemitteln ist auf Grund früherer Beschlüsse des Haushaltsausschusses der Oberschlesischen Eisenindustrie ein Stützungsdarlehen von 18 Millionen Mark zu zahlen.

Die ewigen Spalter.

Vor weiteren Hinandwürfen aus der SPD.

In der „Roten Fahne“ nimmt die Kehrreiterei kein Ende. Es geht nun schon monatelang. Vier Seiten jeder Nummer werden ausgiebig der Sozialdemokratie gewidmet, die restlichen Seiten kommen dafür den neuesten „Agenten der Bourgeoisie“, der Opposition in der SPD, zugute. Sie wird vernichtet und scheint doch immer noch zu leben. Jetzt hat das Zentralkomitee am 2. November beschloßen, den Unterzeichnern der bekannten Erklärung der Siebenhundert ein Ultimatum zu stellen. Die „Rote Fahne“ druckt wörtlich das Dokument ab, das nach dem Willen der Zentrale jeder oppositionelle Kommunist unterschreiben soll. Das Dokument ist in der Tat interessant. Es heißt wörtlich:

Erklärung.

1. Ich unterwerfe mich der für jedes Mitglied der SPD. bestehenden Parteidisziplin, erkenne die Beschlüsse des ZK. auch für mich als bindend an und verpflichte mich, alle Parteibeschlüsse durchzuführen.
2. Ich verurteile jede fraktionelle Arbeit in der SPD. und verpflichte mich, an der Auflösung der bestehenden Fraktionen und Gruppierungen mit allen Kräften zu arbeiten.
3. Insbesondere verpflichte ich mich, jede Verbindung mit den ausgeschlossenen Raslow, Ruth Fischer usw. abzubauen und ihre verwerfliche Kampagne gegen die Diktatur des Proletariats in Sowjetrußland, sowie die konterrevolutionäre Agitation der Korsch-Schwarz auf das schärfste zu bekämpfen.
4. Ich wende mich gegen jeden Versuch der Bildung internationaler Fraktionen innerhalb der kommunistischen Internationale und werde gegen jede „Theorie“, die die Freiheit der Fraktionen und Gruppierungen verteidigt, als eine antisozialistische und antiproletarische Theorie antworten.
5. Ich ziehe hiermit meine auf der Parteiarbeiterkonferenz in Berlin vom 20. Oktober 1926 abgegebene Erklärung zurück.
6. Ich verurteile die Abgabe der „Erklärung“ der Genossen Urbahn-Schimanoff auf der Parteikonferenz vom 20. Oktober 1926.

Da es in Deutschland keine Tscheta gibt und die zu vergebenden Posten sowie die Oppositionellen schon genommen sind, scheint die kommunistische Parteizentrale mit diesem Was auf keine Gegenliebe zu stoßen. Die „Rote Fahne“ stellt im Gegenteile fest: Die Oppositionsführer antworteten darauf mit einer neuerlichen Kriegserklärung an die Partei, mit einem neuen Spaltungsaufwurf, der an Niederträchtigkeit der Gefinnung und gewissenloser Demagogie die Erklärung der Siebenhundert bei weitem übersteigt. Diese neue fraktionelle Erklärung der Opposition befindet sich unter den Kommunisten wieder in Umlauf und soll mit Unterschriften versehen werden. In der Erklärung wird gerade dem Zentralkomitee vorgeworfen, daß es „bewußte Spaltungspolitik“ betreibt. Es heißt dann weiter:

„Einige der „Führer“ der Partei bilden sich ein, man würde nach dem Hinawurf der Linken sozialdemokratische Arbeiter gewinnen können. Andere bereiten die Liquidation der SPD. vor und müssen deshalb die Linken hinauswerfen, die sich gegen die Liquidation mit allen Kräften wenden und schon Jahre hindurch gewandt haben.“

Die Unterzeichneten, die in jahrelanger mühsamer revolutionärer Arbeit, in selbstverständlicher Ineignungsbereitschaft am Aufbau der Partei unter freudigster Opferbereitschaft die Partei über alles gestellt haben und diese einfache revolutionäre Pflicht auch fernherhin erfüllen werden, sehen mit tiefer Erbitterung sich in den Spalten ihrer eigenen Parteipresse als gemeingefährliche „zerstörerische Elemente“, ja, sogar als „Antibolschewisten“, „Renegaten“ und „Spalter der Partei“ beschimpft.

Niemals haben wir mit Renegaten, Antibolschewisten und Parteifeinden in Verbindung gestanden. Wir denken aber nicht daran, Genossen so beschimpfen zu lassen, die von der herrschenden Fraktion und offenkundigem Bruch aller statutarischen Bestimmungen ausgeschlossen worden sind, weil sie sich seit vielen Jahren gegen das Liquidatorium wandten.

Wir fordern die Wiederaufnahme aller derjenigen, die wieder aufgenommen zu werden verlangen und betrachten alle ausgeschlossenen Linken, welche an den Grundsätzen des Kommunismus und der 3. Internationale festhalten, nach wie vor als Parteigenossen.

Wir sind für die Einheit der Partei! Aber eine wirkliche Einheit ist nur dann herstellbar, wenn das Parteileben wirklich normalisiert wird, wenn unsere obengenannten Forderungen erfüllt werden und wenn der Parteikurs auch äußerlich sichtbar und ehrlich geändert wird.

Wir warnen das ZK., auf dem eingeschlagenen Wege der Erpressung von Unterschriften unter unerfüllbaren Kapitulationsbedingungen fortzuschreiten. Durch solche Methoden wird niemals die Einheit der Partei hergestellt werden, am allerwenigsten dann, wenn die Pogrommacher die Linken herausgeworfen haben sollen.“

Die „Rote Fahne“ stellt kurzerhand fest, daß diese Erklärung „gelinde gesagt, eine Unverschämtheit“ ist. Sie kündigt an, „das Zentralkomitee wird den Willen der gewaltigen Mehrheit der Parteimitgliedschaft erfüllen und sich von jenen Genossen trennen, die um keinen Preis die Beendigung der fraktionellen Zerlegungsbemühungen in der Partei zulassen wollen“. Sie kündigt an, daß man jetzt „endgültig Schluss mit den Spaltern“ machen will. Auf wie lange? Die Frage darf man doch wohl stellen?

Preußenregierung und Volkspartei.

Das Zentrum als ehrlicher Matter.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift aus der Zentrumsfraktion des Landtags, in der es heißt, mit dem Zusammentritt des Landtags sei die Frage der Regierungsbildung wieder akut geworden. Der Ministerpräsident werde die Lösung nun selbst in die Hand nehmen müssen, und es werde sich zeigen, ob der Gedanke der Großen Koalition Fortschritte oder Rückschritte gemacht habe. Die Lage sei heute nicht mehr so günstig wie nach den großen Sommerferien. Das liege vor allem an der Stimmung der Volkspartei. Die Zuschrift weist auf eine Rede des volksparteilichen Abg. Schmidt-Düsseldorf hin, der bisher der Führer der koalitionsfreundlichen Gruppe gewesen sei, jetzt aber mit dem Gedanken der verschärften Opposition spiele. Zum Schluss heißt es:

Das preussische Zentrum ist nach wie vor bereit, den ehrlichen Matter zu spielen. Aber es kann diese Aufgabe nur dann mit Augen erfüllen, wenn man auf der anderen Seite weniger empfindlich ist und einsehen lernt, daß die Schwierigkeiten, die sich nun seit Monaten angehäuft haben, nicht mit einem Schlage zu beseitigen sind.

Betänlich hat die preussische Volkspartei selbst die Verhandlungen für abgebrochen erklärt. Es würde den Regierungsparteien schlecht anstehen, wenn sie den Anschein erwecken wollten, als ob sie vor Drohungen mit einer „verschärften Opposition“ zurückweichen.

Verbannt in Italien. Die offiziöse römische „Tribuna“ meldet, daß das neue Gesetz über die öffentliche Sicherheit auch die Einführung des Zwangswohnortes für entlassene politische Verbrecher enthalten wird.

Byzantinisch-russische Malerei.

Zur Ausstellung im Kunstgewerbe-Museum.

Wir wissen eigentlich gar nichts von russischer Kunst, als daß sie märchenhaft ausgeschmückt und betürmte Kirchen und wunderbar byzantinisierende Tafelbilder geschaffen habe. Selbst an Reproduktionen ist Mangel; und wen nimmt das wunder, da im Lande selbst wirkliches Interesse und eindringendes Studium erst seit der Revolution eingeseht haben. Denn die ganz westlich eingestellte Gesellschaft des zaristischen Reiches fand nicht den geringsten Geschmack an den „barbarischen“ Altartemern ihres Landes.

Daß es sich hier aber keineswegs um eine barbarische, sondern um eine äußerst kultivierte und kennenswerte Malerei handelt, kann uns der Augenschein beweisen. Die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ hat im Rathaus des alten Kunstgewerbemuseums eine Ausstellung von altrussischer und byzantinischer Wand- und Tafelmalerei veranstaltet; das wissenschaftliche Rüstzeug liefern insbesondere die Professoren D. Wulff vom Kaiser-Friedrich-Museum und H. Schmitz vom Reichsinstitut für Kunstgeschichte in Leningrad. Ein gediegener Katalog unterrichtet über Abstammung, Wesen und Chronologie dieser merkwürdigen Dinge.

Die zweigeteilte Schau wird noch einmal diagonal geipalten: sowohl von russischen wie von byzantinischen Werken gibt es Originale, Tafelchen mit dem erotischen Zauber fremdartiger Kunst, und Kopien von Wandmalereien, die den kunsthistorisch interessantesten Teil bilden. Die byzantinischen Ikonen stammen aus der Lehrsammlung des Kaiser-Friedrich-Museums, sie sind meist während des Weltkrieges in Klöstern von Mazedonien oder Vatmos bei Nikit von deutschen Künstlern kopiert worden. Die russischen hat das Reichsinstitut für Kunstgeschichte in langjähriger Arbeit, oft mit beispielloser Exaktheit den heutigen Zustand der Originale wiedergebend, in alten Klöstern, vor allem von Nowgorod und Wladimir, hergestellt. Die an fast unzugänglichen und meist dunklen Orten befindlichen Originale sind dergestalt einer breiten Öffentlichkeit des Westens zum ersten Male unterbreitet worden; und es ist zu sagen, daß dieses Unternehmen hohen Dank verdient. Denn über ihre wissenschaftliche Bedeutung hinaus vermögen uns die Malereien zu fesseln durch künstlerische Größe und durch die Einsicht, die sie in den russischen Volkscharakter zu nehmen gestatten.

Wollte man sie richtig anschauen, so sollte man sie nicht vom Standpunkt des Inhaltes (der sogenannten Ikonographie) aus begreifen wollen, sondern ganz aus der Form. Dafür sind die oft bis zum Miniaturhaften kleinen Originaltafelchen geeigneter: der Emailglanz ihrer durchsichtigen Farben, die Pracht der Vergoldung und der häufig plastisch aufgesetzten Heiligenscheine und Umrahmungen, die zitternde Feinheit ihrer Technik machen sie zugänglich. Was bedeutet aber die Starrheit der Typen, die Perspektiv-

losigkeit und scharfe Betonung der Linien? Ist es Unvermögen, „natürlich“ darzustellen? Ganz gewiß nicht. Die byzantinischen und russischen Künstler „konnten“ nicht weniger als unsere heutigen: sie wollten nicht anders schildern als mit der starren Typik von Gebirgen, scharfen Grenzlinien, verflümmelter Raumandeutung; ihren religiösen Zwecken entsprach diese Strenge vollkommen. Man vergegenwärtige sich, ob ein Christus von Lidde auch nur die geringste Aussicht hätte, jemals ein „Andachtsbild“ zu werden? Anbetung erzwingt das Liebermögliche, das Abstrakte; der Begriff des Göttlichen wird durch Konstruktionen, nicht mit naturalistischer Menschen-darstellung zum Symbol erhoben.

Diese Abstraktion, diese überall durchscheinende Ornamentalität der byzantinischen Kunst war es, die das junge, eben der Geschichtslosigkeit entseigende Volk der Russen in ihren Bann zwang, als es sich Kirchen und Heiligenbilder schaffen wollte. Das Vorbild war um so übermächtiger, als im 11. Jahrhundert nirgendwo sonst in Europa und Vorderasien eine ihm überlegene Kunst bestand. Das Bauernvolk der Wolgabene, von Natur ornamental begabt (das ist es heute noch), ergriff mit Begierde diese dem Ornament verwandte und raffinierte Darstellung des Göttlichen; und sie war seinem Sinne so gemäß, daß sie sich vom 12. bis zum 18. Jahrhundert unverändert erhalten hat. Erst die Zivilisationsstrebungen der Jaren leit Peter dem Großen haben die Kunstweise der Oberschicht der des europäischen Westens angenähert. Der russische Bauer aber empfindet und bildet noch heute ornamental. Dr. Paul F. Schmidt.

Die vierundzwanzig „Häckerlichen“. Aus dem Sekretariat der Akademie wird jetzt die Vorschlagsliste für weitere Ernennungen, die auf der ersten Tagung der Sektion für Dichtkunst an der Preussischen Akademie aufgestellt worden ist, veröffentlicht. Danach handelt es sich nach um folgende Dichter: Heinrich Mann, Hugo v. Hofmannsthal, Arthur Schnitzler, Bernhard Kellermann, Wilhelm Schmidbönn, Jakob Wassermann, Alcarde Huch, Hermann Hesse, Hermann Bahr, Rainer Maria Rilke, Wilhelm Schäfer, Franz Werfel, Emil Strauß, Hermann Sudermann, Wilhelm v. Scholz, Max Halbe. Außerdem voraussichtlich Georg Kaiser und Leonhard Frank. Diese Vorschlagsliste geht nicht ausschließlich auf die bereits erwarteten Mitglieder der Akademie über, was man eigentlich hätte erwarten sollen, sondern ist unter wesentlicher Anteilnahme der Gesamtkademie aufgestellt worden, für die auch Vorschläge aus dem betreffenden Referat des Kultusministeriums nicht ohne Einfluß geblieben sein dürften.

Laboratoriumsversuche mit 2 100 000 Volt. Prof. Harris S. Ryan der Beland Stanford University ist es gelungen, eine Spannung von 2,1 Millionen Volt zu erzeugen und mit ihr einen sechs Meter langen Funkenüberschlag hervorzubringen. Die Versuche fanden in einem eigens dazu errichteten Laboratorium statt. Sechs große Transformatoren von je 350 000 Volt wurden in Reihen geschaltet. Generatoren und Transformatoren wurden von der General Electric in Pittsfield (Massachusetts) gebaut. Die Bauzeit der

Transformatoranlage betrug 2 Jahre. Für die Herstellung der Wärlungen wurden 150 Kilometer Draht gebraucht. Die gesamte Anordnung der Anlage hat das beträchtliche Gewicht von 125 Tonnen; die Kosten betragen 500 000 Dollar. Mit der Versuchsanordnung will man die Vorbedingungen für die Höchstspannleistungen einer Fernkraftübertragung nach San Francisco ermitteln, da die heutige Elektrizitätsversorgung dieser Stadt auf Schwierigkeiten stößt und eine ständige Zunahme des Bedarfs zu verzeichnen ist.

Lauern des Ruhms. Der Klempner von 520 000 M., der für ein Bild des „Jölners“ Rousseau gezahlt wurde, das ursprünglich für 200 Franken erworben worden war, zeigt so recht die Launen des Ruhms. Rousseau war lange Zeit das Gespött aller, die etwas von Kunst verstehen wollten, und ist in Armut gestorben. Bei dieser Gelegenheit wird in „Pest Journal“ eine ähnliche Geschichte von Renoir erzählt. Ein reiches Ehepaar hatte auf Anraten eines Freundes sein Baby von Renoir malen lassen. Auf das Bild erregte allgemeines Entsetzen, und als die Amme abging, fragte man sie, ob sie den „Schinken“ wolle. Die brave Bauersfrau nahm das Porträt als Andenken mit. Nach einiger Zeit erkrankte es aber bei einem großen Bilderhändler, und da das den reichen Leuten peinlich war, wollten sie es wiederhaben. Es war aber schon für 100 000 Franken an einem Kunstfreund verkauft worden, und man mußte sehr tief in die Tasche greifen, um das mickrige und verschente Bild wieder zu erhalten. Jetzt hängt es auf dem Ehrenplatz im Salon der Familie, und Madam, die früher ihren Abscheu nicht genug äußern konnte, zeigt es voll Stolz jedem Besucher und ergeht sich in schwärmerischen Ausdrücken über die Schönheit der Zeichnung und das Wunder der Farben.

Luther Burbanks Pflanzenforschungen. Der erfolgreiche amerikanische Pflanzenzüchter Luther Burbank hatte letztwillig den Wunsch geäußert, die kalifornische Stanford-Universität möge seine Arbeiten forschen, soweit es ihre Mittel gestatteten. Die Universität hatte demgemäß beschlossen. Nun hat die Handelskammer von Sebastopol in Kalifornien, wo Burbank seine seine Pflanzensamen und Laboratorien hatte, angeregt, daß das ganze Land zu einer Stiftung im Betrage von 1 Million Dollar beitrage, um die Weiterführung von Burbanks auch wirtschaftlich so wichtigen Werk im vollen Umfange zu ermöglichen.

Für die Freiheit des Schrifttums und der Kunst gegen das Schmutz- und Schandgesetz findet heute abend 7 1/2 Uhr im ehemaligen Herrenbau, Leipziger Str. 4, eine große Kundgebung statt, in der sprechen: Prof. Salchow, Georg Bernhard, Dr. Alfred Döblin, Dr. Götter, Dr. Benzel Goldbaum, Prof. Hildebrand, Oberstudiendirektor Korfes, Lic. Noehring. Eintritt frei, Einlogkarten sind am Eingang zu haben.

Paul Wegener wird nach längerer Abwesenheit von Berlin wieder in der Leibkne kulturreis. Er spielt zunächst die Hauptrolle in „Der Gebanke“ von Leonid Andreyew und dann den Fürsten Rogoschin in Frank Wedekinds „Diebedröckchen“.

Zur Erforschung der Welt mit dem Luftschiff. Die Internationale Studiengesellschaft zur Erforschung der Welt mit dem Luftschiff, der eine Reihe führender Gelehrten aus 19 Nationen angehört, wird vom 10. bis 12. November in Berlin die erste Generalversammlung abhalten. Neben dem Präsidenten der Gesellschaft, Fridolf Hansen, werden führende Wissenschaftler sprechen.

Der Wahlsieg in Schweden.

Das Endergebnis der Landstingswahlen.

Abg. Genosse Gustav Möller, Parteisekretär der schwedischen Sozialdemokratie, schreibt uns:

Die schwedischen Landstings haben unter anderen Aufgaben auch die, Riksdagens första kammare, das schwedische Oberhaus, zu wählen. Das Wahlergebnis übertrifft unsere kühnsten Erwartungen. Wir haben 174 000 Stimmen und 76 Landstingsmandate neu erobert und damit neun neue Mandate in der Ersten Kammer. Auf diese Weise wird unsere Partei nach und nach über 61 Mandate von insgesamt 150 im Oberhaus verfügen.

Die Veränderung gegenüber der vorigen Wahl zeigt folgende Zusammenstellung:

	Stimmen:		Mandate:	
	1922	1926	1922	1926
Sozialdemo-				
kraten . . .	267 119	461 028	+ 173 909	308 444 + 76
Konservativen . . .	89 006	87 094	- 1 912	32 14 - 18
Bürgerliche Linke . . .	168 195	206 817	+ 88 622	193 181 + 12
Bauernverband . . .	129 293	171 635	+ 42 342	162 163 + 1
Konervative . . .	270 209	324 346	+ 54 137	367 324 - 43

Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten haben ihre Stimmenzahl vergrößert, der Vormarsch der Sozialdemokraten ist aber so gewaltig, daß die anderen Parteien überflügelt wurden und allein die Sozialdemokraten Mandate erobert haben. Das eine neue Mandat des Bauernverbandes wiegt neben den 76 Mandaten der Sozialdemokratie sehr leicht.

Die allgemeinen Tendenzen der Wahlen können folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die Konservativen müssen für absehbare Zeit die Hoffnung, die sie tatsächlich gehegt hatten, mit dem Bauernverbande zusammen die absolute Mehrheit zu gewinnen, begraben. Der Rückgang der bürgerlichen Werten geht weiter, ihr prozentualer Anteil an der Wählermasse sinkt seit 1919 von Wahl zu Wahl. Die Kommunisten sind auf dem Wege zu vollständigem Verschwinden. Der Vormarsch der Sozialdemokratie ist nicht mehr zu hemmen.

Der Wahlerfolg unserer Partei muß, um in seinem richtigen Licht zu erscheinen, gegen den Hintergrund der allgemeinen Wahlsituation sämtlicher bürgerlicher Parteien gesehen werden. Zum erstenmal haben sich die bürgerlichen Parteien zu einem Veruche zusammengelassen, die Sozialdemokratie niederzuringen. Wir haben diesen Versuch nicht nur zurückgeschlagen, sondern sowohl den Konservativen als auch der bürgerlichen Werten beträchtliche Verluste zugefügt.

Unmittelbare politische Folgen von größerer Tragweite werden die Landstingswahlen nicht haben. Nur einige Monate sind vergangen, seitdem die Bürgerlichen mit dem Führer der bürgerlichen Werten an der Spitze die sozialdemokratische Regierung stürzten. Der Reichstag tritt erst im Januar zusammen. Doch sind die Wahlen eine ernste Warnung für die bürgerliche Linke. Die politische Entwicklung Schwedens in den nächsten Jahren wird im wesentlichen davon abhängen, welchen Eindruck diese Warnung auf die Leute der Werten machen wird. Sind sie trotzdem entschlossen, ihre arbeiterfeindliche Politik weiterzuführen, so werden sie Kämpfe hervorrufen, deren Ausgang nur kurze Zeit unsicher sein kann. Jedenfalls bleibt die Sozialdemokratie in Opposition, ohne sich zur Regierung zu drängen.

Vergeßlichkeit.

Escherich contra Escherich.

Auf der Führertagung des Reichslandbundes in Berlin sprach u. a. der bekannte Oberforstort Dr. Escherich über „Der deutsche Bauer und der deutsche Staat“. Nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung“ führte Escherich aus:

„Der Bauernstand habe sich bisher immer als der bestmühteste und sicherste Träger der Staatsidee erwiesen.“

Bei diesen Worten erinnerten wir uns, einmal folgendes über die Entstehung der Revolution von 1918 in Bayern gelesen zu haben:

„Die allgemeine Unzufriedenheit erfaßte unter diesen Verhältnissen auch den Bauern, der bekanntlich 65 Proz. des bayerischen Volkes ausmachte. Obwohl es ihm finanziell ausgezeichnet ging, so überzog doch auch bei ihm allmählich der Unwille die Gunst der wirtschaftlichen Lage, und das Wort der „Revolution“ war seit dem Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand.“

Wo steht das? Es steht in Nr. 1 der „Escherich-Festschrift“, herausgegeben von Forstrat Dr. Escherich, Verlag „Heimatland“, München, auf Seite 7. — Nach Escherich sprach übrigens zu den Landbundesführern August Winnig. Das berechtigt zu der Annahme, daß bei der Auswahl der Referenten bewußtstermaßen stark vergeßliche Persönlichkeiten bevorzugt wurden.

Die Wahlreform.

Nach im Winter Reichstagsberatung.

Die neue Wahlreformvorlage lag am Mittwoch nachmittag der Reichsregierung zur Beratung vor. Nach im Verlauf dieses Winters soll der Reichstag die Vorlage verabschieden. Eine rasche Verabschiedung ist deshalb möglich, weil die Vorlage keinen verfassungsändernden Charakter trägt.

Der Inhalt der Vorlage ist zum größten Teil bekannt. Sie will das Listensystem beseitigen. Künftig soll für jede Partei in einem einzelnen Wahlkreis nur ein Vertreter kandidieren. Die bisherigen Kreise bleiben als Wahlkreisverbände bestehen, zerfallen aber in eine Reihe Einzelwahlkreise. Die Reichsliste verschwindet. Die Reichstimmen der Einzelwahlkreise werden zunächst innerhalb des Wahlkreisverbandes und dann darüber hinaus auch noch in anderen Wahlkreisverbänden verrechnet. Damit will man erreichen, daß möglichst viele Wahlkreise Vertreter im Parlament haben. Bisher gab es Wahlkreise, die überhaupt nicht vertreten waren, da ihre Stimmen auf die Reichsliste fielen. Splitterparteien, die in einem Einzelwahlkreis keinen Kandidaten mit 60 000 Stimmen durchbringen, haben künftig kein Mandatsrecht mehr.

Neben der Wahlreformvorlage liegt noch ein Gesetzentwurf über die Heraushebung des Wahlalters auf 21 Jahre vor. Diese Wahlrechtsvorlage ist verfassungsändernd, ihr Schicksal ist deshalb mehr als ungewiß. Mit Rücksicht darauf hat man es auch vermieden, beide Entwürfe miteinander zu verknüpfen.

Die im Selbstverlag des Deutschen Städtelages veröffentlichte Zeitschrift „Städte, Staat, Wirtschaft“ ist im Buchhandel erschienen, und zwar liegt die Gesamtauslieferung beim Zentral-Schriften-Vertrieb, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 41. Der Preis der Schrift beträgt 2 M.

Das Attentat von Leiferde.

Autrag des Staatsanwalts: Todesstrafe gegen Schlesinger und Weber.

L. R. Hildesheim, 4. November. (Eigener Drahtbericht.)

Unter den drei Angeklagten steht Walter Weber, der in der Anklage eine Nebenrolle spielt, in der Gerichtsverhandlung im Brennpunkt des Interesses, denn er allein kämpft um seine Person. Hätte er den Schlesingerschen Plan, den Zug zum Entgleisen zu bringen, ernst nehmen müssen, und war er verpflichtet, die Absicht zur Tat zur Anzeige zu bringen? Er behauptet, doch ihm wohl hin und wieder der Gedanke an den Ernst der Absicht gekommen sei, daß er aber doch diesen Gedanken stets von sich gewiesen hätte. Eine Reihe von Tatsachen sprechen aber eine andere Sprache. Seine Andeutungen und die Geständnisse legen die Vermutung nahe, daß er mit der Ausführung des Planes gerechnet hatte. Er kämpft mit großer Intelligenz, Redegewandtheit und Temperament gegen seine eigenen Ausprüche und Geständnisse. Mit welchem Erfolg, wird das Urteil zeigen. Walter Webers Rolle ist hier überhaupt eine viel größere, als aus den Zeitungen vor der Verhandlung zu entnehmen war. Er war es ja, der längere Zeit mit Schlesinger zusammen gewandert war und der ihn auch mit seinem Bruder Willi zusammenführte. Er war es auch, der unter der Wucht des geschienen Eisenbahnmaterials zusammengebrochen, seinem Freunde die Tat seines Bruders und Schlesingers beichtete. Der Freund entschied den Konflikt zwischen Freundschaft und Bürgerpflicht im Sinne der Pflicht. Daß er aber für den Verrat seines Freundes die Belohnung entgegennehmen wird, liegt auf einem anderen Blatt. — Der psychologische Sachverständige Reizinatrat Dr. Röntkemöller hat eine leichte Arbeit. Seinem ausführlichen, aber wenig überzeugenden Gutachten liegt nur wenig psychologisches Tatsachenmaterial zugrunde. Die erbliche Belastung der Angeklagten blieb unbegreiflicherweise unerforscht, ihre körperliche Konstitution und ihr Sexualleben blieb unberücksichtigt. Im übrigen lag es auf der Hand, daß Schlesinger und Willi Weber als Täter gewertet werden würden, daß sie aber nicht als unzurechnungsfähig in Betracht kämen.

Verhandlungsbericht.

B. S. Hildesheim, den 4. November 1926.

Zu dem heutigen zweiten Verhandlungstag war der Andrang wieder außerordentlich stark. Zu Beginn der Verhandlung wurden noch einmal einige Kriminalbeamte aus Hannover über die Frage gehört, ob der Angeklagte Walter Weber von der beabsichtigten Ausführung des Attentats gewußt hätte. Sie sagten, daß Walter Weber in seinen Auslassungen sehr stark gemischt habe, jedoch habe er niemals bestimmt betont, daß er, nachdem er von einem Verbrechen gehört habe, noch immer nicht daran habe glauben können, daß die Tat von Willi Weber und Schlesinger verübt war. Wie Kriminalkommissar Raab-Hannover betonte, hat Schlesinger seine Tat bis zuletzt geleugnet. „Ich fragte ihn schließlich“, so erklärte der Kommissar, „wenn ich Ihnen morgen die Kinder der Opfer vorführen werde, werden Sie dann endlich gestehen?“ Schlesinger antwortete darauf nicht. Das lange Leugnen ist darauf zurückzuführen, daß sich die Angeklagten verabredet hatten, nichts vor der Polizei zu sagen, um so mehr, als überall die Rede war, es handle sich nicht um ein Attentat, sondern um ein Unglück infolge schlechter Beschaffenheit der Strecke.

Der medizinische Sachverständige.

Sanitätsrat Dr. Röntkemöller, der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Hildesheim, gab sein Gutachten über die drei Angeklagten ab. Einleitend betonte er, daß er letzten einen so starken Widerspruch zwischen der Artung der Angeklagten und ihrer Tat festgestellt habe als hier. Bei einem solchen Verbrechen fragt man sich immer zuerst, ob nicht etwa krankhafter Geisteszustand maßgebend gewesen sei. Das sei aber hier nicht der Fall. Walter Weber, auf den der Sachverständige zuerst einging, ist nach seiner Ansicht geistig vollkommen normal.

Der Sachverständige kam sodann zu dem Ergebnis, daß psychologische Momente bei Walter Weber zu verzeichnen seien. Er beschäftigte sich sodann mit Willi Weber, bei dem schon stärkere psychiatische Züge vorlägen. Auch bei ihm stellte er Intelligenz fest. Seine moralische Widerstandsfähigkeit sei aber bald gebrochen, so daß

er kriminell geworden sei. Bei ihm sei eine starke Ausbreitung der Psychopathie eingetreten. Seine Haltlosigkeit erdrücke aber nur dem, was man bei Tausenden von Verbrechern finde, was aber nicht als Unzurechnungsfähigkeit bezeichnet werden könne. Von einer solchen könne man nicht reden, sie käme in keiner Weise in Betracht. Seine Intelligenz hätte ausreichen müssen, um die Tragweite des Unfalls zu erkennen. Seine Darstellung, daß sie geglaubt hätten, der Zug würde langsam anhalten, sei ganz unfinnig, und bei seinen geistigen Fähigkeiten und technischem Wissen nicht recht glaubwürdig. Der Angeklagte bestritt sich bei der Ausführung der Tat im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte und Zurechnungsfähigkeit, so schloß der Sachverständige das Gutachten über Willi Weber. Schlesinger dagegen sei am meisten nach der Seite hin geneigt, wo man von Abweichung vom Normalen sprechen könne. Seine Mutter habe ihn als stillen ruhigen Menschen geschildert, der allen für Natur und Kunst geschwärmt habe. Schulfreunden und Lehrern hätten ihm als Menschen ein gutes Zeugnis ausgestellt und man habe ihn eine böse Tat niemals zugetraut. Politisch sei der Angeklagte von einem Extrem in das andere gefallen, ohne sich aber praktisch zu betätigen. Sein sozialer Verfall werde von Bekannten auf schlechte Gesellschaft zurückgeführt. Erbliche Belastung liege bei ihm in stärkerer Maße vor, sei aber nicht wesentlich erheblich. Der Angeklagte ist Psychopath im gewissen Sinne, aber bei aller Würdigung kann ich keine psychiatrischen Schäden feststellen, die zu einer mildereren Beurteilung der Tat führen könnten. Es handelt sich dabei um keine krankhafte Erscheinung.

Es trat dann eine Pause von 20 Minuten ein, nach der der Staatsanwalt sein Plaidoyer halten wird.

Das Plaidoyer des Oberstaatsanwalts.

Sodann verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Kämmerer, den Schluß der Beweisaufnahme, worauf der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt Stellung, das Wort zu folgendem Plaidoyer ergriff.

„Reine Herren Richter und Geschworenen! Es ist ein schwerer Tag für uns alle, ein böser Tag, eines der schwersten Verbrechen, über das wir hier urteilen müssen. 21 Menschenleben hat der ruchlose Anschlag gekostet, nicht zu reden von den vielen, die Schäden an ihrer Gesundheit genommen haben. Die Gräber der 21 Toten bilden den düsteren Hintergrund des Bildes, daß ich noch einmal hier entrollen muß.“ Der Staatsanwalt ging noch einmal auf das Echo ein, das das Verbrechen in der Öffentlichkeit gefunden hat, da man es infolge einseitiger Stellung zur Reichsbahn-Gesellschaft zuerst als Unglück angesehen habe. Die Tat sei durch das Eingreifen der Kriminalpolizei schnell aufgeklärt worden, und auch das Geständnis habe zur Aufklärung beigetragen. „Alle drei Angeklagten stammen nicht aus den Kreisen, in denen man im allgemeinen solche Verbrechen sucht. Die Angeklagten kommen aus guten bürgerlichen Familien, sie sind junge Leute, während sonst derartige Taten von alten Verbrechern, von Judenhäusern verübt werden.“ Die Angeklagten hörten die Anklage mit gesenktem Kopfe an, und Walter Weber begann zu weinen. Der Staatsanwalt gab dann noch einmal ein Bild von der Entschiedenheit der Tat, wie es die Beweisaufnahme ergeben hat. Er betonte, daß das Verbrechen von Schlesinger ausgegangen sei. Unterwegs seien ihm bei dem Anblick der Reichskammer anderer Menschen, die in Autos und in internationalen Räumen vorbeifahren, im Gegenlag zu den eigenen Entbehrenungen böse Gedanken gekommen. Die ewigen Gegensätze zwischen arm und reich hätten sich ihm gezeigt, so sei es beargwünlich, daß er auf solche Gedanken kam, um so mehr, als er vorher Nietzsche und Schopenhauer gelesen hatte. Trotz der Vorhaltungen der Kameraden sei der feste Plan gefaßt worden, durch einen Anschlag auf einen internationalen Zug zu Geld zu kommen.

Der Oberstaatsanwalt stellte dann folgenden Strafantrag: „Ich beantrage gegen Otto Schlesinger wegen Verbrechen Mordes in Tateinheit mit verurteilter Transportgefährdung 5 Jahre Zuchthaus im ersten Falle, wegen der beiden anderen Fälle wegen vollendeter Transportgefährdung in Tateinheit mit Mord die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Gegen den Angeklagten Willi Weber beantrage ich die gleiche Strafe. Gegen Walter Weber beantrage ich wegen Beihilfe zu diesen Verbrechen 4 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Soweit zeitliche Strafen verhängt werden, beantrage ich Anrechnung der Unterjuchungshaft.“

Leichensunde bei Pehow!

Spuren eines Verbrechens?

Aus Pehow, dem am Schwielowsee gelegenen Rode der Familie v. Röhne, kommt die aufsehenerregende Meldung, daß in der Nähe des dortigen Parkes dicht am Walde zwei Menschenknochen gefunden wurden, die etwa ein Meter unter der Erde lagen. Nach dem ersten Augenschein wurde angenommen, daß die Knochen, die noch gut erhalten sind, etwa drei bis vier Jahre dort gelegen haben können.

Der Fund wurde von den Obstzüchtern, die ihn gemacht hatten, sofort der Landjägerei in Werder gemeldet, die dann an der Fundstelle einen Posten zurückließ und die Meldung an das Amtsgericht in Werder weitergab. Oberstaatsanwalt Pflasse, der die Ermittlungen leitet, hat angeordnet, daß heute nachmittag ein Lokaltiermännchen abgeholt sei, an dem er und der Amtsrichter von Werder teilnehmen wollten. Eine Nachricht aus Potsdam sagt, daß zurzeit noch nicht feststehe, ob die Fundstelle zu dem Röhneischen Gelände gehört. Von anderer Seite wird gemeldet, daß es sich nicht um zwei, sondern um drei Knochen handelt. Das eine soll das eines Kindes sein. Die Fundstelle soll auf Obstland liegen, das ein Obstzüchter vor Jahren von dem Röhneischen Gelände abgepachtet habe. Die nächste Vermutung ist die, daß man es mit den Spuren eines graufigen Verbrechens zu tun hat. Bisher ist aber nicht festzustellen gewesen, ob aus Pehow oder benachbarten Orten mehrere Personen vermist wurden.

Wit Pehow hatte sich schon einmal, vor jetzt fünf Jahren, die Deffentlichkeit aus Anlaß eines Leichensundes zu beschäftigen. Damals fand man wenige Minuten von der Stelle des jetzigen Leichensundes entfernt, die Leiche eines sechzehnjährigen Knaben Otto Larze aus Sellow, der seit zwei Monaten verschwunden war. Der Verdacht lenkte sich auf Herrn v. Röhne senior, und es kam zu einer Anklageerhebung gegen ihn, doch sprach das Schwurgericht Potsdam ihn frei.

Unglück durch Leuchtgas.

Mutter und Kind als Opfer.

Eine folgenschwere Gasvergiftung, der zwei Menschenleben, Mutter und Kind, in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zum Opfer fielen, trug sich in dem Hause Am Ende Str. 17 in Reinickendorf-Ost zu. Wie erfahren hierzu folgendes: Der Straßenbahn-Schaffner Schelle kehrte heute früh vom Nachdienst heim und bemerkte schon auf dem Treppentritt einen starken Gasgeruch, der sich noch verstärkte, als er die Tür zu seiner Wohnung aufschloß. Richtig Gutes ahnend, eilte er in das Schlafzimmer, wo er seine Frau und das siebenjährige Töchterchen Margarete in dem mit Leuchtgas angefüllten Zimmer in ihren Betten leblos vorfand. Die Feuerwehre wurde herbeigerufen und stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, die trotz langwieriger Bemühungen bei beiden ohne Erfolg blieben. Ein Arzt stellte

den Tod fest. Nach der bisher eingeleiteten Untersuchung liegt unzweifelhaft eine Gasvergiftung durch Unglücksfall vor. Die Gasohle waren ordnungsgemäß verflüssigt, so daß nur die Aufnahme übrig bleibt, daß größere Mengen Leuchtgas aus einer schadhaften Stelle an der Gasleitung entwichen sind. Von der Feuerwehr wurden alle Gasleitungen im Hause gesperrt, bis die zur Untersuchung herbeigerufenen zuständigen Revisionsinspektoren die Schäden festgestellt und beseitigt hat. Die Leichen wurden in das Schauhaus gebracht.

Von der Automobil-Ausstellung.

Die Besuchszahl hält sich weiter in der allmählich konstantmäßig werdenden Höhe, so daß gestern 24 000 Besucher gebucht werden konnten und auch heute Schutzpolizei zur Regelung des Verkehrs in der alten Halle herangezogen werden muß. Der Sturm der letzten Nacht riß einen der Reklameselbstballons in Reifenform von seiner Verankerung los und entführte ihn. Was das Verkaufsgeschäft in der Kraftwagenabteilung betrifft, so ist auch hier erheblich größeres Interesse als im Vorjahre zu konstatieren. Zahlreiche Abschlüsse wurden getätigt. Im allgemeinen kommen allerdings der Natur der Sache nach Geschäfte in Kraftwagen, soweit Behörden als Käufer auftreten, häufig erst später zustande. Besonders stark ist das Interesse für Omnibusse und mittelstarke Lastkraftwagen. Was die Zahlungsmittel anbetrifft, so werden Kredite bis zu 8 Monaten gewährt. In vereinzelten Fällen aber auch sofortige Barzahlung.

Neue höhere Schule für Moabit. Ein Realgymnasium ist dem Staat, Puffen-Gymnasium, Lurmsir. 87, seit Ostern 1926 angegliedert worden. Der gemeinsame Unterbau bis einschließlich Quarta gibt den Eltern die Möglichkeit, sich erst bei der Verlegung nach Untertertia für Gymnasium oder Realgymnasium zu entscheiden. Zu Ostern 1927 wird das Realgymnasium bis zur Obertertia fortgeführt sein.

Feuer bei Drenstein u. Koppel. Die Spandauer Feuerwehren wurden in den Vormittagsstunden nach der Hamburger Straße in Spandau alarmiert, wo der Dachstuhl eines Fabrikraumes der Firma Drenstein u. Koppel in Flammen stand. Nach ziemlich zusehender Tätigkeit gelang es, das Feuer zu löschen. Die Entstehungursache ist nicht bekannt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 32-34. Wkt. Wählung! Morgen, Freitag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Frachtkr. 10, Sitzung sämtlicher Elternbetreuer. Erscheinen unbedingt erforderlich.
- 35. Wkt. Tempelhof. Freitag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Linde“, Werder über Friedrichs-Str. 10. Wichtige Familienangelegenheiten werden gebeten, bestimmt einzuladen. Krugbogen sind beim Genossen Wille ausgefüllt abzugeben. Nicht ausgefüllte Krugbogen sind unbedingt freigegeben und ebenfalls dem Genossen Wille einzuliefern.
- 36. Wkt. Prenzlauer Berg. Freitag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Schwarzer, Gabel-Str. 11, Verhandlung mit sämtlichen Funktionären.

Wieder einmal Anni Sanned.

Vorausichtlich auf längere Zeit zum letztenmal.

Seit Jahren wird die Geschäftswelt durch eine abgefeimte Hochholyerin, eine gewisse Anni Sanned, gebrandstiftet. Wiederholt hat die Sanned schon empfindliche Strafen, wie Gefängnis und Zuchthaus, erhalten. Vor Gericht spielte sie regelmäßig die Verzeihliche und führte stets die größten Barmhertigkeiten auf. Ihre Betrügereien hatte sie zuerst als angebliche russische Großfürstentochter begonnen. Später legte sie sich irgendeinen altadligen Namen bei und fand immer wieder Reichgläubige, die ihr auf ihre vorgeblichen Erbschaften und ihren großen Grundbesitz, Darlehen gaben. Auch im Gefängnis spielte sie ihre Rolle weiter und stellte die ganze Strafanstalt derart auf den Kopf, daß die Verwaltung froh war, wenn sie als hinfällig entlassen werden mußte. So hatte die Sanned den größten Teil der ihr zufließenden hohen Strafen nicht verbüßt. Kaum war sie aus der Haft entlassen, so mußte sie sich auch schon wieder elegante Kleidung zu verschaffen und begann mit ihren Hochtapeteilen von neuem. Bisher hatten die Sachverständigen sie zwar für ein Psychopatin, aber für ihre Straftaten verantwortlich gehalten. Erst in der letzten Verhandlung im Frühjahr wurde sie auf Grund des § 51 freigesprochen. Obwohl Professor Dr. Strauch und Gefängnisarzt Dr. Bürger sie als gemeingefährlich bezeichneten, war sie aus dem Untersuchungsgefängnis wieder entlassen worden. Sofort nahm sie ihr Hochtapeteilgeschäft von neuem auf, und es gelang ihr, als eine Gräfin und reiche Erbin einen Friseur um 2000 Mark zu erlöcheren. Nunmehr ist gegen sie aber kein neues Strafverfahren eingeleitet worden, sondern nach einem Gutachten von Dr. Bürger wurde sie als gemeingefährlich und unverbesserlich dauernd einer öffentlichen Irrenanstalt überwiesen, und die Öffentlichkeit wird nunmehr voraussichtlich auf lange Zeit gegen diese gefährliche Gaunerin geschützt sein.

Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle Tiergarten.

Im Koabiterteil des Verwaltungsbezirks Tiergarten wurden die auf dem Grundstück Alt-Koabitert 95/96 eingerichteten neuen Räume der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle 3 am Dienstag in Benutzung genommen. Als vor fast 21 Jahren diese Fürsorgestelle im Markthallengebäude am Arminiusplatz eröffnet wurde, galten die für sie hergegebenen Räume nach damaligen Begriffen als ganz stattlich. Im Laufe der zwei Jahrzehnte hat aber die Inanspruchnahme der Koabitertfürsorgestelle so außerordentlich zugenommen, daß sich hier Zustände entwickelten, die auf die Dauer unhaltbar waren. Die neuen Räume der Fürsorgestelle sind hier viel reichlicher bemessen, und man hat manche im Laufe der Zeit gemachten Erfahrungen ausgenutzt, Besseres zu schaffen. Die Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle hat hauptsächlich einen Kinderwagenraum, einen Wartenraum, Untersuchungsraum, einen Isolierzimmer, einen Bestrahlungsraum, eine Milchküche. Als Neuerung ist zu begrüßen, daß die Tische, auf denen die Kinder entleert werden, durch hölzerne Scheidewände in kleine Boxen eingeteilt sind. So wird möglichst vermieden, daß die Kinder mit einander in Berührung kommen. Selbstverständlich ist auch dafür gesorgt, daß Kinder mit ansteckenden Krankheiten schleunigt ausgefordert und isoliert werden. Vor der Eröffnung der neuen Räume fand eine kleine Feier statt, an der Mitglieder des Bezirksamtes Tiergarten und der Bezirksverammlung teilnahmen. Bezirksbürgermeister Döller begrüßte die Gäste, und der leitende Arzt Dr. Bamberg schilderte die Entwicklung dieser Fürsorgestelle. Sie gehört zu den ersten vier Fürsorgestellen, die im Mai 1908 eröffnet wurden. Heute hat Berlin 70 Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen, woran die sechs alten Verwaltungsbezirke mit 14 Stellen beteiligt sind.

Drei Großkampfszüge gegen die Ratten.

Auf Grund der Polizeiverordnung über die Durchführung der Rattenvertilgung vom 12. November 1925 ist für Sonnabend, den 20. November, Sonntag, den 21. November, und Montag, den 22. November, eine erneute allgemeine Rattenvertilgung in Berlin angesetzt worden. Die Eigentümer oder Pächter aller im Stadtkreis Berlin belegenen Grundstücke, Lager- und Schutzplätze, Baustellen, Wertanlagen und Friedhöfe, die Vorstände von Laubentkolonien und die Inhaber von einzelnen Lauben- und Gartengrundstücken oder die gesetzlichen oder bevollmächtigten Vertreter dieser Personen müssen zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder einer entsprechenden Haftstrafe auf den vorbezeichneten Grundstücken, Plätzen usw. ohne Rücksicht darauf, ob sich dort Ratten gezeigt haben, an geeigneten Stellen (in Kellern, Kichen- und Abfallgruben, alten Mauerwerk, Dachböden usw.) an einem der oben genannten Tage wirksame Rattenvertilgungsmittel, nämlich Meerzwiebelpräparate oder dreiprozentige Phosphorsäure, auslegen. Nach dem 22. November werden die Polizeireviere in Verbindung mit den städtischen Desinfektoren kontrollieren, ob die Verpflichteten den Vorschriften der Polizeiverordnung und der genannten Bekanntmachung nachgekommen sind.

Schwab-Wangel-Hilfe.

Schwab Wangel, die bekannte Schauspielerin und Gründerin des Heims für weibliche Straftäterinnen, lud zu einem geselligen Abend im Mercedes-Palast, dessen Reinertrag ihren Schützlingen zugute kommen soll. Viele Bühnengrößen von Namen stellten sich in den Dienst der guten Sache und trugen nach besten Kräften zum Gelingen des Abends bei. Frau Soot von der Staatsoper sang mit schöner gepflegter Stimme die Arie aus „Bajazzo“ und Lieder von Mahler und Strauß; dann trat die heitere Waise in Aktion. Operetten- und Kabarettliebhaber brachten nette Scherchen zu Gehör, darunter wurde mit Ausdauer und wahrer Inbrunst Charleston verzapft. Der Gedanke, den Ausgestoßenen der menschlichen Gesellschaft das Zurückfinden zu ermöglichen und zu erleichtern, indem man ihnen durch Beschäftigung ihre volle Existenzberechtigung einräumt, hat einen wirklich schönen und begrüßungswerten Erfolg. Das gute Beispiel der Frau Wangel, die sich der weiblichen Personen in soich menschlicher Weise angenommen hat, wird bald einen zweiten Wohltäter finden, der dieselbe Institution für Männer ins Leben rufen will.

Berlins Fremdenverkehr im Oktober. Die Zahl der Fremden in Berlin ist von 138 243 im September auf 145 062 im Oktober, d. h. um 6819 oder 4,9 Proz. gestiegen.

Um die Polizeistunde.

Die Stellung der Gewerkschaft.

Zu dem Artikel des Genossen Grzesinski wird uns von der Hauptverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten geschrieben:

In Nummer 316 des „Vorwärts“ sucht Genosse Grzesinski seine Maßnahmen zu rechtfertigen. Allerdings geht er zum Beispiel an der Feststellung, daß sein Kundentafel auch in Kur- und Badeorten die öffentliche Bäckerei bis 3 Uhr morgens und sogar darüber hinaus ermöglicht, vorüber.

Wenn er sodann zu berücksichtigen bittet, daß die Polizeistunde eine Maßnahme der Sozialwirtschaft gewesen sei, so braucht man demgegenüber nur auf Hoffmann, Kommenar zur RGO, verweisen, der zu § 33 höchstgerichtliche Entscheidungen über die Polizeistunde anführt, die schon Anfangs 1900 ergangen sind; im übrigen weiß jeder, daß die Polizeistunde weit älter ist als die letzte Novelle zur RGO.

Eine Bevormundung des Publikums ist die Polizeistunde allerdings; aber sind die polizeilichen Anordnungen über den Ladenschluß, die Sonntagsheftung, die Bäckerei, die Kinoaufführungen usw. vielleicht keine Bevormundung. Und was ist es denn, wenn der Minister jetzt vorschreibt, daß man in Berlin bis 3 Uhr, in Breslau (mehr als 300 000 Einwohner) bis 2 Uhr und in Dortmund (weniger als 300 000 Einwohner) nur bis 1 Uhr im Wirtshaus sitzen darf? Und weshalb denn diese Bevormundungen, wenn der Minister selbst betont, daß keine Sicherheits- und ordnungspolizeilichen Gründe für die Einschränkung des Gastwirtsbetriebes sprechen?

Die Polizeistunde hat mit der Frage der Alkoholkämpfung kaum etwas zu tun? Wird bei verlängerter Polizeistunde langsamer oder nur noch Limonade getrunken?

Der Minister sagt ferner, das Prinzip der Polizeistunde sei durch die große Zahl der Einzeleraubnisse zur längeren Offenhaltung praktisch längst durchbrochen worden. Wenn das richtig wäre, warum dann der Polizeistundenkampf der Gastwirte, die immer wieder betonen, daß keineswegs sie alle oder auch nur die meisten von ihnen eine verlängerte Polizeistunde brauchen; nur das wirkliche Bedürfnis solle, im Wege freier Entschliebung des Wirtes, gedeckt werden. Es wäre wohl richtiger gewesen, mit Maß und Ziel weiter zu durchlöchern, statt im Beschwindel dem Abschluß des Schantstättengesetzes, das ja die ganze Sache reichsweit regeln soll, vorzugreifen.

Wenn der Minister die Erteilung bestimmter Rationseffessionen für unmöglich erklärt, weil das gegen zwingende reichsweite Bestimmungen verstoße, dann verliert seine Durchlöcherung der Polizeistunde, die sich sogar auf die Konzeptionierung nächstlicher Stammtische erstreckt, gegen genau dieselben Bestimmungen der Notverordnung vom 24. Februar 1923. Dem wäre durch eine verständige Änderung dieser Bestimmungen sicher zu begegnen gewesen.

Der Minister will mit der verlängerten Polizeistunde die Beamtenkorruption beseitigen, weil nun angeblich die Ueberwachung des Wirtshauschlusses wegfällt. Er überliert dabei, daß nun erst recht die Beamtenkorruption aufblühen wird, wenn, wie er ja andeutet, die Wirtschaften künftig stetig hinsichtlich der Arbeitszeit der Angestellten kontrolliert werden sollen. Die meisten dieser Kontrollen werden am Büfett gemacht. . . . Und wenn er meint, die Korruption von seinen Beamten fernzuhalten, indem er die heikle Kontrollaufgabe lediglich der Gewerbe Polizei zu weist, so werden wir uns das nicht gefallen lassen, denn die noch immer zu Recht bestehende Bevormundung eines seiner Herren Amtsvorgänger vom 12. März 1902 (MBl. S. 72) bestimmt ausdrücklich, daß die Ortspolizeibehörde in jedem Bezirke mindestens einmal jährlich eine Revision vorzunehmen hat, und daß durch diese Behörde außerordentliche Revisionen nach Bedürfnis und im besonderen dann vorzunehmen sind, wenn der Verdacht einer gefehlwidrigen Beschäftigung vorliegt. Erst in zweiter Linie enthält diese Verordnung Vorschriften über die Mitwirkung der Gewerbe Polizei.

Es ist deshalb unverständlich, daß der Minister noch in den letzten Tagen Eingaben unserer Berufsgenossen, die um verstärkten Schutz ihrer Arbeitskraft eruchten, einfach an das Handelsministerium weiterleitete. Ist das seine „selbstverständliche“ Methode der Ueberwachung? Dann würde keine ganze Anordnung auf eine unbezahlte wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit zahlreicher gastwirtschaftlicher Angestellten hinauslaufen. Daneben kann nicht bestritten werden, daß mit dieser Verordnung nicht nur die betroffenen Angestellten unzufrieden sind, sondern auch die weitaus meisten Gastwirte, und vor allem die große Mehrheit der demokratischen Staatsbürger, die an derartigen Fortschritten gar kein Interesse hat.

Die unsoziale Reichsbank.

Schäbts Verantwortung.

Wiederholt hatte die Öffentlichkeit in letzter Zeit Gelegenheit, sich mit dem unsozialen Verhalten des Reichsbankdirektoriums zu beschäftigen. Schon bei dem letzterzeit erfolgten Abbau ist die Reichsbank in der rücksichtslosesten Weise vorgegangen. Das Reichsbankdirektorium hat u. a. insgesamt 700 Beamte abgebaut, um auf der anderen Seite 1295 junge Beamtenanwärter neu einzustellen.

Noch viel schärfer ist aber gegen die bei der Reichsbank beschäftigten Angestellten vorgegangen worden. Auch die am 3. August d. J. tagende Vollversammlung des Hauptbetriebsrates der Reichsbank war genötigt, sich mit dem vom Reichsbankdirektorium geplanten Abbau von Angestellten zu beschäftigen. Gemeinliche Verhandlungen auf Grund des § 74 des Betriebsrätegesetzes mit dem Reichsbankdirektorium zu führen, war nicht möglich, da das Reichsbankdirektorium ablehnte, einen Vertreter zu dieser Sitzung zu entsenden!

Bezeichnend für die Einstellung des Reichsbankdirektoriums ist der Umstand, daß zum Schluß der Sitzung des Hauptbetriebsrates eine schriftliche Aufforderung der Verwaltung präsentiert wurde, einer Kündigung des Hauptbetriebsratsvorsitzenden zuzustimmen. Diese Zustimmung wurde vom Hauptbetriebsrat verweigert. Der Hauptbetriebsrat war allgemein der Auffassung, daß hier eine Maßregelung erfolgen sollte. Das Reichsbankdirektorium hat daraufhin beim Kauf-

mannsgericht der Stadtgemeinde Berlin beantragt, die fehlende Zustimmung des Hauptbetriebsrates durch Beschluß des Arbeitsgerichts zu ersetzen. Das Kaufmannsgericht hat in der Verhandlung am 21. September d. J. die Zustimmung ebenfalls abgelehnt. In der nunmehr vorliegenden Begründung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Entbehrlichkeit des nicht nach den Verhältnissen beurteilt werden kann, wie sie in Mannheim vorliegen, da zum mindesten seine Tätigkeit innerhalb der Betriebsvertretung nicht an den dortigen Posten gebunden ist und gerade seine Eigenschaft als Vorsitzender des Hauptbetriebsrates, der das Vertrauen seiner Wähler in besonderer Weise auf sich vereinigt, unbedingt eine bevorzugte Behandlung vor sonst gleichgelagerten Fällen in der Kündigungsfrage erfordert.

Der Zentralverband der Angestellten, der die Vertretung des Hauptbetriebsratsvorsitzenden vor dem Kaufmannsgericht übernommen hat, hat durch dieses Urteil einen vollen Erfolg im Kampf für die Interessen der Angestellten der Reichsbank errungen. Wie aber ist ein so scharfmacherisches Verhalten des Reichsbankdirektoriums möglich? Wenn Schacht nicht der Urheber ist, die Verantwortung fällt auf ihn zurück.

Konflikt in der Herrenmaßbranche.

Immer noch Lohnabbau.

Bei den letzten Reichstatarverhandlungen für das Herrenmaßschneidergewerbe in Würzburg wurde in dem Schiedspruch festgelegt, daß über die bestehenden Sondertarife in einer Anzahl von Großstädten örtlich verhandelt werden soll. Diese Verhandlungen wurden auch in Berlin aufgenommen, führten aber nicht in allen Punkten zu einer Einigung.

Ueber 52 strittige Positionen wurde nun in der vorigen Woche vor dem tariflichen Schiedsgericht in Frankfurt a. M. verhandelt. Für 36 Positionen wurde in freier Verhandlung eine Einigung erzielt. 26 Positionen blieben wie bisher bestehen; bei 10 Positionen mußten die Organisationsvertreter jedoch Abzüge am Stundenschema hinnehmen. Von den übrigen 15 Positionen wurden 13 durch Schiedspruch gestrichen, so daß diese Arbeiten nunmehr nach den Stundenzeiten des Reichstatarfes ausgeführt werden sollten.

Ueber dieses Verhandlungsergebnis berichtete gestern abend der Vorsitzende der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Bekleidungsarbeiter Genosse Lehmann in der Versammlung der Herrenmaßschneider in den Arminialen. Lehmann sowie die Lohnkommission empfahlen der Versammlung die Annahme des Verhandlungsergebnisses, damit endlich dieser Schwebefußstand für Berlin beseitigt wird. Er betonte, daß die Unternehmer bei einer Ablehnung ganz einfach nach den Bestimmungen des Reichstatarfes arbeiten lassen würden, wie es leider jetzt schon in vielen Firmen geschieht, ohne daß sich die Arbeiter dagegen wehren. Bei einer besseren Konjunktur würde es der Organisation schon wieder möglich sein, diese Scharte auszuweichen.

Die Versammlung lehnte jedoch nach einer ausgedehnten Diskussion den Schiedspruch in geheimer Abstimmung ab und beauftragte die Organisation, nachmals Verhandlungen anzubahnen.

Geringe Lohnerhöhung.

München, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnverhandlungen im oberbayerischen Kohlenbergbau unter dem Vorsitz des Landesrichters für Bayern endeten mit einem Schiedspruch, der den Hauerspienlohn für die Schicht von 3,70 M. auf 4,90 M. mit Wirkung ab 15. November 1926 erhöht.

Die Forderungen der österreichischen Beamten.

Wien, 4. November. (M.B.) Die Vertreter der Beamenschaft verständigten gestern die Regierung dahin, daß die letzten Vorschläge noch nicht als befriedigend angesehen werden könnten. Sie forderten eine Erhöhung der Bezüge um 15,4 Proz. und eine 50prozentige Ausgleichserhöhung in den mittleren Gehaltsgruppen. Der Bundeskanzler erklärte u. a.: Die hierzu erforderlichen Beträge stehen der Regierung nicht zur Verfügung. Da die Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage auf einem toten Punkt angelangt sind, will die Regierung ein neues Angebot machen, nämlich bei Aufrechterhaltung des Zustandes bezüglich der Mindestbezüge und der Altpensionäre eine allgemeine Erhöhung der Bezüge durch Erhöhung der Valorisierung. Nach einer Unterbrechung der Verhandlungen teilten die Beamtenvertreter der Regierung zu dem neuen Vorschlag mit, jeder Vorschlag, nach welchem auch nur ein Angestellter weniger als die bereits zugelegten 12 1/2 Proz. Erhöhung erhalten würde, müsse abgelehnt werden; die Beamten hielten ihre zuletzt formulierten Forderungen aufrecht. Da schon in den nächsten Tagen entscheidende Beratungen der Beamtenorganisation stattfinden, erbat die Vertreter die Antwort der Regierung bis Freitag mittag.

Die belgischen Bergarbeiter zur Kohlenkrise in Belgien.

Brüssel, 4. November. (M.B.) Der Rationalisierungsausschuß der Gewerkschaftszentrale der Bergarbeiter prüfte heute den Antrag betreffend Abweichungen vom Gesetz über den Arbeitskondentat und beschloß, die Frage an die Gewerkschaftsaktionen zurückzuverweisen, um die Ansicht der Arbeiter einzuholen. Der Ausschuß sprach aber sein Bedauern darüber aus, daß es in Ermangelung von Verböden und Maßnahmen der Gewerkschaftszentrale möglich war, daß 200 000 bis 300 000 Tonnen Brennstoff nach England ausgeführt werden könnten. Er stellte ferner fest, daß die in dieser Beziehung vorgenommenen betrügerischen Manipulationen andauern, wodurch die Kohlenkrise in Belgien verhärtet werde.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s. w. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Gust. Geyer; Schriftf. Erich Göttemann; Geschäftsverwalter: Friedrich Göttemann; Kassier: A. S. Böcher; Postales und Contingent: Erik Rastbach; Anzeigen: E. Göttemann in Berlin; Berlin: Nordwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Formwirts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Jeden Freitag
frische, junge Ferkel
Gänse 1.10
1.25
allererste Qualität, ab hier Nachnahme
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34, Nordorf, Holst 11/2

Berliner Elektriker Genossenschaft
soz. Ges. dem Verb. soz. Baubetriebe
Kerlin N. 24, Elsäßer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 652, 653
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Plötzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 340
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Dr. Bernard's Ruchenlerwein
gesetlich geschützt - seit länger als 60 Jahren als
Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh
Asthma, Magen- und Darmkrankheiten
Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körper-
gewichts! Besserung des Allgemeinbefindens.
Abnahme des Hustens.
Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine
Kurz) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.
Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Elsbarn-Apothek,
Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. - Gegründet 1854
Bestandteile: Dest. lat des Buchenters 16, A. kohol 22,0,
Extrakt 0,6, Pomeranzenschale 0,6, Weiz 1,50 Sirup 4,9 p

Tapeeten 25, 30, 35 Pfg.
Ricsenauswahl.
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstüchle, Cocos-
matten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Teppiche
Brücken
Läufer
Gladke u. Königsfeld
97 Potsdamer Straße 97
Gegründet 1905
im Hause d. Commers- u. Privat-Bank
Nur 1 Treppe
Billigste Teppichpreise

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Einzelpreisen.
Eigene Fabrikate in gezeigten
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schnitze
Wendloppatz 12, Hofpar.
Nähe Hackescher Mar
Zahlungserleichterung
Teleph. Alexander 4112

Seit 1891.
Unter Garantie die schönsten
Tepp- und Daun-Decken
füllen Sie bitte ab jetzt!
Bernhard Strohmeyer, Berlin,
Wallstraße 72 (Untergrundbahn Anhalterb.).
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Spittelstraße, und
W. Ritschburger Weg 2, Ecke Trautmannstraße.
Metallbetzstoffe u. Auflegermatrizen: Wallstr. 21/22
Reparat. jäh. fr. - Instruk. Spezialist gratis.

MÖBEL-KLUGE
Sonderangebot:
Schlafzimmer
in Eiche
von Mark 420.-
Einzelmöbel
der Art in großer Auswa
zu enorm billigen Preisen
Teillzahlung gestattet
1. Geschäft: Kommandantenstr. 51
2. Geschäft: Wilmersdorfer Str. 19

Besonders wirksam sind die
Klebens Anzüge
in der Gesamt-Auslage billiger!
des Vorwärts und trotzdem